



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/256 - 6. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Drohung aus Moskau	S. 1
Es geht um Edens Kopf	S. 3
Die Bundesrepublik zwischen den Fronten	S. 4
Zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg	S. 7

Russische Truppen am Nil ?

sp. Bei wenigen Männern in Washington und Moskau liegt in diesen Stunden die Entscheidung darüber, ob die Welt elf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg in eine neue Katastrophe unübersehbaren Ausmasses hineinschlittern wird oder nicht. Es gibt viele Anzeichen für den grossen Ernst der Lage. Das wichtigste ist die von Bulganin an Grossbritannien und Frankreich gerichtete Aufforderung, ihre Aggression in Ägypten sofort ^{zu} beenden, da sich sonst die Sowjetunion genötigt sehen würde, von sich aus unter Anwendung von Gewalt den Frieden in Ägypten wieder herzustellen. Diese Drohung ist begleitet von einem Angebot an Washington, eine solche Aktion zusammen mit amerikanischen Streitkräften durchzuführen, "gestützt auf eine Entscheidung der UNO". Der Sicherheitsrat der UNO aber hat es abgelehnt, diesen sowjetischen Vorschlag auf seine Tagesordnung zu setzen. Der Vorschlag hat auch, davon abgesehen, wenig Aussicht in der UNO, etwa in der Vollversammlung durchzukommen.

Die Situation der Amerikaner ist paradox. Ihr grosser Gegenspieler im Weltmassstab durch zehn Jahre eines von hundertfachen Spannungen geladenen politischen Zeitabschnittes tritt plötzlich an sie in der Rolle eines militärischen Partners heran, zu einer Aktion, die sich gegen die engsten Verbündeten der Vereinigten Staaten in dieser ganzen Nachkriegszeit richten soll. Und alles dies geschieht genau an dem Tage, an dem Amerika über die Wahl eines Präsidenten entscheidet, seit Bestehen der Vereinigten Staaten der wichtigste Tag im innenpolitischen Leben des Volkes.

Was sich auch immer hinter dem russischen Schritt verbergen mag -

unverkennbar ist das Interesse des Kremis auf ein Mitspracherecht bei der Regelung der Verhältnisse in Nahost. Die Briten und Franzosen haben durch ihr Vorgehen in Ägypten die atlantische Allianz aufs schwerste erschüttert. Der Bruch wird sich nicht von heute auf morgen reparieren lassen. Amerika hat eindeutig Stellung gegen jenen Kolonialismus bezogen, wie er jetzt durch einen Rückfall in die Methoden des 19. Jahrhunderts nochmals von den klassischen Kolonialmächten an den Ufern des Nils demonstriert wird. In diese Situation voller Gefahren für die Welt sind die Russen entschlossen hineingestossen. Die Hoffnungen von London und Paris auf eine sehr schnelle Erlahmung des ägyptischen Kampfwillens scheinen sich nicht zu erfüllen. Damit wächst die Gefahr einer Ausweitung des Ägyptischen Krieges auf den ganzen arabischen Raum.

So liegt die Überlegung nahe: Wer anders könnte mit einer solchen eminenten Gefahr fertig werden, als der gemeinsame Wille der Amerikaner und der Russen, den Frieden in diesem Teil der Welt und damit vielleicht in der Welt überhaupt zu retten? Sicher würde diese Rettung des Friedens nicht das alleinige Ziel der Beteiligten sein, vor allem nicht der Russen, die glauben, in dem gegenwärtigen Wirrwarr im Nahen Osten ihr Ziel greifbar zu haben, in diesem strategisch und wirtschaftlichen Schlüsselgebiet der Erde endlich festen Fuss zu fassen.

Die russische Drohung stellt Grossbritannien und Frankreich vor die Frage, ihr Ägyptisches Abenteuer selbst zu beenden oder es aber durch die UNO beenden zu lassen. Einen Ansatzpunkt für diese zweite Möglichkeit bietet der Vorschlag des kanadischen Aussenministers, eine internationale Polizeitruppe so schnell wie möglich zum Einsatz in Ägypten und in der Suoz-Kanal-Zone bereitzustellen, an der sich die unmittelbar interessierten Grossmächte nicht beteiligen sollen. Vielleicht hat die mögliche Aussicht auf Verwirklichung eines solchen Vorschlages die Sowjetunion zu ihrem direkten Angebot an Washington mit bewogen. Gelingt die rechtzeitige Aufstellung dieser Polizeitruppe durch die UNO, könnte diese einen guten Teil des Ansehens zurückgewinnen, der ihr in den letzten turbulenten Wochen und Tage abhanden gekommen ist.

Noch ist ungewiss, ob die UNO sich stark genug machen kann, den Brand in Ägypten zu löschen und damit die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu bannen, oder ob egoistische Interessen der Grossmächte den Ausschlag geben. Starke Kräfte in der Welt drängen auf eine Lösung im Rahmen der UNO, denn in ihr liegt eine der wenigen Hoffnungen, Aggressoren aller Schattierungen in ihre Schranken zu verweisen.

Fehlgeschlagenes Va-Banque-Spiel

E. A. London

Die ganze Verantwortung dafür, ob Anthony Eden über seinen Krieg gegen Nasser stürzen wird, liegt bei jenem Flügel der Konservativen, der, meist aus jüngeren Abgeordneten bestehend, als Erneuerer des englischen Konservatismus angesehen wird. Der 36-jährige Staatsminister Anthony Nutting hat bisher als einziger die Konsequenzen gezogen und ist aus Protest gegen die Eden'sche Ägyptenpolitik zurückgetreten. Der Abgeordnete William Yates brachte im Unterhause seine Bedenken zum Ausdruck und fragte, ob es in der augenblicklichen Lage gerechtfertigt sei, die Fraktionsdisziplin zu brechen und gegen die Regierung zu stimmen. Das waren erst vereinzelte Stimmen, die sich an die Öffentlichkeit wagten. Hinter ihnen stehen 30 - 40 andere Abgeordnete, die wagen noch nicht, die Fraktionsdisziplin zu brechen und im Unterhause gegen die Regierung zu stimmen, obwohl sie von der Verderblichkeit der Gewaltpolitik gegen Ägypten überzeugt sind. Sie fürchten die Konsequenzen und geben Eden eine Gnadenfrist. Sie würden erst offen rebellieren, wenn entweder das Ägyptenabenteuer sich in die Länge zieht oder falls der Sturm im Lande selbst unwiderstehlich wird. (Am Montagnachmittag konnte Eden bei der Bekanntgabe günstiger militärischer Ergebnisse bei seinen politischen Freunden einen Achtungserfolg buchen. Doch weiss niemand, wie lange diese Stimmung anhalten wird.)

Obwohl Labour, die Intellektuellen und bis zu einem gewissen Grade auch die anglikanischen Würdenträger ihr Bestes tun, um das ganze Land zum Protest aufzurütteln, so liegt doch das Schicksal der Eden-Regierung in letzter Entscheidung in den Händen der Konservativen selbst. Sie verfügen über eine parlamentarische Mehrheit von 63 Stimmen über Labour und Liberale. Solange die Toryparty geschlossen bleibt, wird Eden sich halten. Solange die militärischen Operationen einigermaßen planmässig verlaufen, wird der Kitt der Fraktionsdisziplin halten.

Was man nicht in die Berechnung eingestellt hatte, war, dass in der Zwischenzeit die Sowjetunion die von Eden Ägypten gegenüber eingeschlagene Taktik mit grösserer Eile und Schlagfertigkeit in Ungarn anwenden würde. Man hatte auch nicht damit gerechnet, dass die Empörung über den Bruch aller Prinzipien sowohl im Commonwealth wie in der britischen Bevölkerung alle Dämme zu brechen drohte. Schliesslich machen sich die unvermeidlichen Folgen des Eden'schen Va-Banque-Spiels im Mittleren Osten selbst schneller fühlbar, als man vorausgesehen hatte.

Die Zuführen von Irak-Öl über die Rohrleitungen durch Syrien sind bereits unterbrochen. Im Ölgebiet am persischen Golf gibt es Streiks, Wirren und Sprengen von Rohrleitungen. Pakistan und Irak haben den Bagdadpakt gesprengt. Die letzten politischen Bastionen Grossbritanniens im Mittleren Osten fallen, ohne dass man von London aus daran etwas ändern kann, obwohl Eden offenbar glaubte, durch seine zynische Gewaltpolitik gerade diese abwandernde Position für sein Land retten zu können. Aber er wollte auch, wie das heute jeden einleuchtet, darauf hinaus,

das Regime Abdul Nasser's zu zerstören und eine Gewaltlösung des Suezproblems herbeizuführen. Eden wollte den gordischen Knoten der fehlerhaften Mittelost-Politik mit einem Schlage durchhauen, die britische Machtstellung am Suezkanal wiederherstellen und den Arabernationalismus von Ägypten bis zum persischen Golf demütigen und gefügig machen. Es war eine totale Fehlspekulation.

Die Antwort der Welt durch die Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen war eine einhellige Verurteilung der Gewaltpolitik. Auch wird eine Demütigung Abdul Nasser's, selbst wenn sie gelingt, das Problem des Arabernationalismus nicht aus der Welt schaffen. Die Beziehungen zwischen der Araberwelt und dem Westen werden sich nur verschlechtern. Und eine Aussöhnung der Araber mit der Ko-Existenz eines Israeli-Staates ist seit dem gemeinsamen Vorgehen von England und Israel in noch weitere Ferne gerückt.

Die Zwischenbilanz der französisch-britischen Intervention gegen Ägypten ist schon schlimm genug: die Atlantik-Allianz wurde auf das Schwerste erschüttert, das britische Commonwealth droht auseinanderzubrechen, die Vereinten Nationen und die dort vertretenen Prinzipien wurden erheblich geschwächt, die Bomben auf Ägypten lenkten die Weltöffentlichkeit von den Ereignissen in Ungarn ab und erleichterten somit die Aufgabe der Herker der ungarischen Patrioten.

Den einzigen Lichtblick in dieser Bilanz bildet die Reaktion der Überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes, die auf die tiefste Beschämung die Beseitigung der Eden-Regierung und die Wiedergutmachung der begangenen Fehler fordert. Ob nun Eden seinen Wunschtraum, Nasser zu vertreiben, verwirklicht oder nicht, erreicht hat er vorläufig nur ein von ihm ungewünschtes Ergebnis: die tiefe Überzeugung im englischen Volke, dass die Zukunft und die Ehre der britischen Nation die Beseitigung Edens erfordert.

+ + +

Die Position Bonn

PR. Gegen die Sowjetunion sind Zorn und Abscheu der freien Welt gerichtet. Sie finden Ausdruck an ungezählten Orten und in vielgestaltiger Form. Tiefe Empörung über die brutale Niederschlagung des ungarischen Freiheitswillens beherrscht alle öffentlichen Meinungsäußerungen - dies mit vollem Recht. Freilich kommt es bei der Beurteilung der gegenwärtigen, vielschichtigen politischen Situation auch zu manchen Ungereimtheiten.

Die gleiche hohe Regierungsebene in Bonn stellte z.B. fest: Es habe sich gezeigt, dass dieselbe Politik der reinen Gewalt, die zur Schaffung der Satellitenstaaten durch Moskau geführt habe, auch heute

das russische Verhalten bestimme. Nichts habe sich geändert, und der Letzte müsse einsehen, dass das Lächeln der Russen eine Maske gewesen sei.

Auf der anderen Seite stellte dieselbe Stelle bei der gleichen Gelegenheit fest: Wenn die Ungarn bei ihrem Aufbegehren gegen den Stalinismus auf der von Gomulka in Polen eingehaltenen Linie geblieben wäre, würden sich die Dinge möglicherweise anders entwickelt haben. Auch sei die einseitige Kündigung des Warschauer Paktes durch die Regierung Nagy ein Stoss für die Russen gewesen, den sie dann von ihrem Standpunkt aus pariert hätten. Man habe keine Minute glauben dürfen, dass die Russen anders reagieren würden.

Mit anderen Worten heisst das: Wenn die Ungarn den polnischen Weg gegangen wären, hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, dass auch bei ihnen kein Blut geflossen, also eine, wenn auch nicht so radikale Änderung der Verhältnisse eingetreten wäre, ohne dass die Russen sich veranlasst sahen, mit ihren Panzern die Menschen in ihren Städten und Dörfern niederzuschliessen und niederzuwalzen.

Es wird intern auch zugegeben, wenn auch nicht offiziell davon gesprochen, dass Massaker an kommunistischen Funktionären und besonders an Mitgliedern der politischen Polizei eines jahrelang erduldeten, verhassten Regimes die Russen zu ihrem rücksichtslosen Vorgehen mitbestimmt haben. Sie wollten und konnten ihre jahrelangen Vasallen nicht einfach der Willkür ihrer aufgetragenen Gegner aussetzen, sicher weniger aus Achtung vor Menschenleben, die bei ihnen nie besonders entwickelt war, als aus der einfachen Überlegung, wie veräussernd Passivität und Gewährenlassen auf die Regime in allen anderen Satellitenstaaten wirken mussten. Die Massaker haben stattgefunden, Bild- und andere Dokumente liegen vor. Heute so zu tun, als hätte die Art der blutigen und grausamen Unterdrückung des ungarischen Freiheitskampfes um die totale Freiheit sie masslos überrascht und erbittert, steht denen nicht gut an, die immer wieder gesagt haben, sie kennten die Russen und ihre abgrundtiefe Verworfenheit, die aber andererseits zugeben, es hätten politische Gründe für eine sowjetische Reaktion vom Standpunkt Moskaus aus vorgelegen. Davon wird die Scheusslichkeit des russischen Vorgehens, die ebenso eine Tatsache ist, und die niemand bestreiten oder abschwächen will, nicht berührt.

Die Inkonsequenz im Denken gewisser Bonner Regierungsstellen kenn-

zeichnet aber in erheblicher Masse auch die Beurteilung der nahöstlichen Situation. Das ganze Unglück, sagen diese Kreise, habe eigentlich damit begonnen, dass man dem Obersten Nasser das Geld für den Bau des Assuan-Dammes verweigerte. Mit der Hergabe dieses Geldes hätten die Ägypter Brot und Arbeit und Herr Nasser den für den Diktator eines wirtschaftlich und militärisch schwachen Landes besonders dringend notwendigen Prestigegewinn gehabt. Stattdessen habe man die Russen immer mehr Boden gewinnen lassen, bis es zu spät oder fast zu spät war. Die ganze Dulles-Politik in der Suez-Krise sei unentschlossen und unverständlich gewesen. Unausgesprochen, aber ziemlich deutlich steht am Ende solcher Überlegungen die Schlussfolgerung: Was für ein Weg sei schliesslich noch Briten und Franzosen, wenn sie nicht alles verlieren, wenn sie sich von den Russen im Vorderen Orient nicht einfach überrunden lassen wollten, noch gebieten, als der der Gewaltanwendung?

Gleichzeitig aber wird beschwörend gerufen, der Westen müsse seine Spaltung in einen englisch-französischen und einen amerikanischen Teil wieder überwinden. Dabei wird nicht gesagt, dass dieses Auseinanderfallen der massgebenden Mächte des Westens, diese Torpedierung von UNO, NATO und WEU durch das Ausscheren zweier Grossmächte aus den Verpflichtungen dieser drei Gemeinschaften entstanden ist, wie das neben hundert anderen Stimmen Männer wie Eisenhower, Nehru und Gaitskell klar gesagt haben. Man kann nicht erwarten, dass die eklatante Verletzung von Satzungen bestehender internationaler Organisationen der Ausgangspunkt für die Schaffung besserer und verlässlicherer Formen internationaler Zusammenarbeit werden kann, wie sie jetzt offenbar auch in Paris versucht werden soll, bzw. wurde.

Wenn es, sicher mit gutem Grund, für richtig gehalten wird, den Westen wieder fester zusammenzuschliessen, gerade auch um der westlichen Geschlossenheit gegenüber neuen russischen Gewaltakten willen, dann kann diese Entwicklung nicht von Rechtsbrüchen einzelner Staaten des Westens und von Versuchen begleitet werden, darüber möglichst schonend und verzeihend hinwegzugehen.

Ob man den Blick nach Ungarn oder nach Ägypten richtet - man muss das Ganze und den Zusammenhang zwischen beiden Feldern sehen. Und man muss sich freimachen von dem Irrtum, man könne aus Gründen vermeintlicher politischer Zweckmässigkeit auf dem einen Feld anerkennen und gelten lassen, was man auf dem anderen mit allerschärfsten Worten verwirft und tadelt. Natürlich kann man sich auch so verhalten. Aber dann soll man von dem Bemühen lassen, brüchig gewordene internationale Systeme, die auf Vertrauen beruhen müssen, zu reparieren. + + + - 7 -

Wählervereinigungen dominieren

H.D. Stuttgart

Am 11. November geht die Bevölkerung von Baden-Württemberg in den 3360 Städten und Gemeinden wieder an die Wahlurne, um die Hälfte ihrer Gemeinderäte neu zu wählen. Obwohl die Amtszeit der Gemeinderäte sechs Jahre beträgt, finden nach dem für Baden-Württemberg typischen Gemeindewahlrecht mit seinem rotlierenden System regelmässig alle drei Jahre Kommunalwahlen statt, nach denen der Gemeinderat eine ältere Hälfte mit einer restlichen Amtszeit von drei Jahren und eine jüngere Hälfte mit einer Amtszeit von sechs Jahren hat. Dadurch ist gewährleistet, dass im Gemeinderat stets ein Teil der Mitglieder eingearbeitet ist und so eine kontinuierliche Entwicklung der Verwaltungsarbeit sichert. Eine Ausnahme bilden lediglich jene Gemeinden mit mehr als dreitausend Einwohnern, die sich nach den Möglichkeiten der im Frühjahr in Kraft getretenen neuen Gemeindeordnung eine Bürgerausschussverfassung gaben. In diesen Gemeinden endet die Amtszeit aller Gemeinderäte und in ihnen müssen am 11. November nicht nur der Gemeinderat neu gewählt werden, sondern auch die sogenannten Gemeindeverordneten, deren Zahl das Doppelte der Gemeinderäte betragen muss. Dieser Bürgerausschuss gilt dann nach der Gemeindeverfassung als Zustimmungsgremium.

Das baden-württembergische Gemeindewahlrecht hebt sich noch durch eine weitere Besonderheit ab. Es wird durch das System der freien Liste bestimmt, das jedoch die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens einschliesst. Jeder Wahlberechtigte hat soviel Stimmen, als Gemeinderäte zu wählen sind. Dabei darf er einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (Kumulieren) und Kandidaten aus anderen Wahlvorschlägen übernehmen (Panaschieren). Dieses auf die Persönlichkeitswahl ausgerichtete Verhältniswahlrecht weicht jedoch ganz der Mehrheitswahl, wenn es in einer Gemeinde nur einen oder überhaupt keinen Wahlvorschlag gibt. Das Kumulieren und Panaschieren ist ein in Baden-Württemberg beliebtes Wahlverfahren, deren reger Gebrauch die Gemeinderatswahlen weitgehend zu Persönlichkeitswahlen werden lässt. Ausgesprochen parteipolitischen Charakter haben die Kommunalwahlen meist nur in den grösseren Gemeinden und Städten. Organisatorisch sind die über dreitausend Gemeinden des Landes selbst von den zwei grössten Parteien, der CDU und SPD, nur zu einem Fünftel bis zu einem Sechstel erfasst. So kommt es, dass in der grossen Mehrzahl aller Gemeinden Wählervereinigungen verschiedenster Art die Wahlen bestreiten.

Die neue Gemeindeordnung bietet den neuen Gemeinderäten gute Gelegenheit, zu bestimmten Fragen die Ansicht und Unterstützung weitester Bevölkerungskreise herbeizuführen. Nach § 20 der neuen Gemeindeordnung kann der Gemeinderat eine Bürgerversammlung anberaumen, wenn die Erörterung wichtiger Gemeindeangelegenheiten mit den Bürgern erforderlich ist und er kann nach § 21 mit einer Zweidrittel-Mehrheit eine wichtige Angelegenheit der Entscheidung der Bürger unterstellen. Beide Möglichkeiten sind geeignet, den erstarrten Kontakt zwischen Bürger und Verwaltung aufzulockern und das kommunalpolitische Leben frisch zu durchbluten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau